Gemeinde Remchingen

Pressemitteilung

24. Februar 2025

Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac). Lediglich über zwei Punkte hatte der Remchinger Gemeinderat am Donnerstag im öffentlichen Sitzungsteil zu entscheiden – einen davon verschob er nach längerer Beratung. Es ging um die Einrichtung von ständigen Stellvertretungen in den Remchinger Kindertagesstätten. Britta Hoffmann, Leiterin des Amts für Bildung und Familie, verdeutlichte, dass die Aufgaben einer Kindergartenleitung neben pädagogischen Leitungsaufgaben auch bei der Personalführung, Organisation und Elternarbeit immer komplexer würden. In Remchingen werden 498 Kinder in sechs evangelischen und drei kommunalen Einrichtungen betreut, davon 60 Prozent mit verlängerten Öffnungszeiten und 20 Prozent ganztags. Oft würde die Freistellung der Leitungen von 20 Prozent pro Gruppe nicht ausreichen – die Konsequenz seien zahlreiche Überstunden. Hinzu komme, dass bei Urlaub oder krankheitsbedingten Ausfällen, wie es jüngst in einer Einrichtung für über zwei Monate der Fall gewesen sei, keine ständige Vertretung vorhanden sei. Im jüngsten Fall habe Hoffmann selbst Aufgaben übernommen, obwohl sie keine pädagogische Fachkraft sei.

Daher schlug die Amtsleiterin vor, für Einrichtungen mit mehr als vier Gruppen eine ständige Stellvertretung einzusetzen, was für die beiden kommunalen Kindergärten „Mosaik“ in Singen und „Am Römerhof“ mit drei Außenstellen in Wilferdingen zutreffen würde. Dies solle durch eine Gehaltsaufstockung von vorhandenem Personal erfolgen – zu jährlichen Mehrkosten von rund 13.000 Euro. Gemeinden wie Heimsheim, Tiefenbronn und Birkenfeld hätten dies schon umgesetzt, andere seien interessiert, so Hoffmann. „Wir haben befürchtet, dass wir in Remchingen Vorreiter sind und sich andere Gemeinden gezwungen fühlen, nachzuziehen“, erklärte Wolfgang Oechsle (Bürgerliste), während Martin Gegenheimer (CDU) erfuhr, dass im neuen Kinder- und Jugendcampus zumindest anfangs nur vier Gruppen und damit keine ständige Stellvertretung vorgesehen sei.

Er fragte, ob durch eine Höhergruppierung nicht trotzdem Zeit fehle und das Rathaus nicht Aufgaben abnehmen könne. Diese müssten aber vor Ort erledigt werden, verdeutlichte

Hoffmann und erklärte, dass andererseits eine pädagogische Fachkraft in der Verwaltung dringend notwendig sei. „Wir bekommen immer mehr Aufgaben vom Land zugewiesen, liegen aber schon jetzt bei elf Millionen Euro Personalkosten und können diese nicht mal mehr mit der Einkommens- und Gewerbesteuer decken“, erklärte Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung). Gegenheimer bemerkte, dass noch keine Haushaltsberatungen stattgefunden hätten und beantragte, die Entscheidung zu vertagen, bis konkrete Zahlen vorliegen. Dem stimmten die Räte mit 14-Ja-Stimmen bei sechs Ablehnungen und einer Enthaltung zu.

Mit 16 Stimmen schlug das Gremium Martin Rothweiler für die Vorschlagsliste des Landratsamts zur Wahl ehrenamtlicher Richterinnen und Richter für die Geschäftsjahre 2025 bis 2030 vor. Fünf Stimmen entfielen auf Bürgerin Gabriela Ulrich.
Julian Zachmann